



Pfäffikon, 19. Mai 2024

SP UNTERSTÜTZT NEUES MUSIKSCHULGESETZ

An der letzten Session der aktuellen Legislaturperiode 2020–2024 wird der Kantonsrat das Musikschulgesetz beraten. Die SP-Fraktion unterstützt den wichtigen Gesetzesentwurf für die Einführung einheitlicher Regeln in Bezug auf den Musikschulunterricht an allen Schwyzer Schulen. Zudem debattiert der Kantonsrat über die Teilrevision des Denkmalpflegegesetzes. Auch dieses wird von der SP-Fraktion befürwortet.

Vor rund zwölf Jahren haben die Schweizer und Schwyzer Stimmberechtigten die nationalen Musikschulinitiative angenommen. Dank dem vorliegenden Musikschulgesetz kann der Kanton Schwyz diese Initiative endlich umsetzen. Die SP-Fraktion begrüsst den aktuellen Gesetzesentwurf und wird die Vorlage einstimmig annehmen. «Die Regierung und die Kommission haben einen ausgewogenen Kompromiss erarbeitet», freut sich SP-Fraktionspräsidentin Carmen Muffler (Pfäffikon). Dank dem Gesetz werden endlich alle Kinder und Jugendlichen im Kanton Schwyz Zugang zu einer Musikschule haben, die Anstellungsbedingungen der Musikschullehrpersonen werden verbessert und die nationalen Fördergelder werden abgeholt. «Das ist ein wichtiger Schritt für unseren Kanton und die musikalische Bildung unserer Kinder und Jugendlichen.»

Ja zur Teilrevision des Gesetzes über die Denkmalpflege und Archäologie

Die SP-Fraktion unterstützt die Teilrevision, da identitätsstiftende Objekte geschützt werden sollen. Ohne Wenn und Aber. Die direkte Folge ist eine lebenswerte Umgebung. Die denkmalschutzbedingten Mehrkosten sollen von der öffentlichen Hand angemessen ausgeglichen werden. Diese Subventionen müssen in Zukunft vom ordentlichen Kantonsbudget kommen. Dies ist nur richtig, weil Denkmalpflege und Archäologie Staatsaufgaben sind. Die freiwerdenden Mittel auf dem Lotteriefonds können für Sport, Kultur und weitere gemeinnützige Projekte genutzt werden.

SP appelliert an Regierungsrat: Sofortmassnahmen zur Unterstützung der Volksschule dringend nötig!

Der Kanton Schwyz leidet unbestrittenermassen an einem Lehrpersonenmangel. Statt endlich Massnahmen zu ergreifen, drückt sich der Regierungsrat vor der Verantwortung. Auf die Fragen zur Interpellation I 12/24 antwortet der Regierungsrat nur ungenügend. Bei der aktuellen Ausgangslage darf und kann der Regierungsrat nicht erstaunt sein, dass es in der Basis rumort. Die betreffenden Akteure werden das Gefühl nicht los, dass dem Lehrpersonenmangelproblem in unserem Kanton einfach zu wenig Gewicht verlieht wird. Eine gute Bildung ist ein Grundpfeiler des «Service public» und ein Menschenrecht.

Grundversorgung aller drei Notfallstationen erhalten

In seiner Antwort zum Postulat P 17/23 «Antrag zur Finanzierung von gemeinwirtschaftlichen Leistungen für die Vorhalteleistung im Notfall für die drei Schwyzer Spitäler» erteilt der Regierungsrat betreffend die finanzielle Beteiligung am Betrieb der defizitären Notfallstationen der drei Schwyzer Spitäler erneut eine Absage. Entgegen der Aussage des Regierungsrates sind regionalpolitische Gründe zum Betreiben dieser drei kleinen und unmöglich rentabel zu führenden Notfallstationen wichtig. Dies, um eine gute Grundversorgung im Kanton im Notfallsegment aufrechtzuerhalten aber auch um die Region im sich zuspitzenden Konkurrenzkampf um die Niederlassung zukünftiger Grundversorger gut zu positionieren. Sähen sich die Spitäler gezwungen aus ökonomischen Gründen ihre Notfallstationen zu schliessen, ist eine gute Gesundheitsversorgung in diesem wichtigen Segment im Kanton gefährdet. Aus diesem Grund muss der Kanton endlich Verantwortung übernehmen und sich zum Wohle der Bevölkerung für alle drei Spitäler auch finanziell engagieren. Um die Grundversorgung aller drei Notfallstationen erhalten zu können, unterstützt die SP-Fraktion das Postulat von Kantonsrat Antoine Chaix (Einsiedeln).

SP stützt Gemeindeautonomie

Mit der Motion M 16/23 wird eine Änderung der Spezialfinanzierung für die Feuerwehr beantragt. Aktuell stecken die Gemeinden und Bezirke in einem engen Korsett, wie sie die Feuerwehr finanzieren können. SP-Kantonsrätin Carmen Muffler (Pfäffikon): «Die Antwort des Regierungsrates ist widersprüchlich. Er argumentiert mit der Gemeindeautonomie, ist aber gleichzeitig nicht bereit, diese mit der Anpassung des Feuerschutzgesetzes zu stärken.» Das Feuerschutzgesetz schreibt den Gemeinden vor, wen sie wie hoch belasten dürfen. Die SP-Fraktion unterstützt den überparteilichen Vorstoss, damit die Finanzierung den Gemeinden überlassen wird und diese mehr Spielraum erhalten.

SP-Fraktion des Schwyzer Kantonsrats

Kontakt

Carmen Muffler, Fraktionspräsidentin, carmen.muffler@spschwyz.ch, 079 727 17 78